

Mehr Sicherheit für Patient*innen ist nur mit angemessener Versorgung erreichbar

Am 17. September 2019 hat die Weltgesundheitsorganisation den 1. Welttag der Patientensicherheit ausgerufen. Er wertet den bisher auch in Deutschland bereits verankerten Internationalen Tag der Patientensicherheit auf und rückt die Bedeutung dieses Themas in den Fokus. Zahlreiche Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen haben mit unterschiedlichen Aktionsformen darauf aufmerksam gemacht, dass das Wohl von Patient*innen im Gesundheitswesen an vorderster Stelle stehen muss.

Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) unterstützt alle diesbezüglichen Bestrebungen. Bundesärztekammer-Präsident Klaus Reinhardt hat im Zusammenhang mit dem Welttag darauf hingewiesen, dass dem Bekenntnis von Politik und Kostenträgern zu Patient*innensicherheit „genauso klar erkennbaren Konsequenzen für die Versorgung“ folgen müssten. Denn „Zeit für das Gespräch mit den Patienten, für den interdisziplinären und interprofessionellen Austausch sowie für die Reflexion des eigenen Handelns tragen entscheidend dazu bei, Fehler zu vermeiden“, so der Kammerpräsident.

Diesem Votum schließt sich die DGVT ausdrücklich an und fordert alle Zuständigen auf, es nicht bei einmaligen Appellen zur Patient*innensicherheit am Welttag bewenden zu lassen. Das jüngst veröffentlichte Versorgungsbarometer Psychiatrie 2019 der Gewerkschaft Ver.di hat gezeigt, dass zu wenig Personal in psychiatrischen Krankenhäusern zu mehr Zwangsmaßnahmen führt. Drei von vier Beschäftigten hatten in den letzten vier Wochen mindestens eine Zwangsmaßnahme miterlebt, die Hälfte mindestens wöchentlich. 60 Prozent der Befragten glauben, dass „ungefähr die Hälfte“ oder „fast alle“ dieser Zwangsmaßnahmen mit einer besseren Personalausstattung vermeidbar gewesen wären.

„Auch die psychotherapeutische Versorgung kann aufgrund des Personalnotstands nicht ausreichend qualifiziert sichergestellt werden“, heißt es im Versorgungsbarometer weiter. „Die psychotherapeutische Versorgung wird vor allem von den Psychotherapeuten im Praktikum ermöglicht. (...) Sonst hätten viele Patienten gar keine Psychotherapie.“ Trotz dieser Umstände hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) vor wenigen Tagen wie befürchtet lediglich minimale Verbesserung an der Psychiatrie-Personalverordnung beschlossen. Laut Ver.di werden diese nicht dazu führen, dass sich die Zwangsmaßnahmen in den psychiatrischen Kliniken verringern.

Angesichts der Tatsache, dass sich das Bundesgesundheitsministerium in besonderer Weise für die Einführung eines Welttags der Patientensicherheit starkgemacht hatte und der offensichtlichen Zusammenhänge zwischen Patient*innensicherheit und angemessener Versorgung ist es aus Sicht der DGVT zwingend erforderlich, den Worten nun auch endlich Taten folgen zu lassen und den mangelhaften G-BA-Beschluss zu beanstanden.

Ein weiterer Beitrag für mehr Patient*innensicherheit wäre die Verankerung weitreichenderer Patient*innenbeteiligung und stärkerer Patient*innenvertretungen in allen Bereichen des Gesundheitssystems, wie sie unter anderem auch der Paritätische Gesamtverband, in dem die DGVT Mitglied ist, fordert. Auch wenn sich Mitwirkungsmöglichkeiten von Patient*innen in den zurückliegenden Jahren verbessert haben, fehlt es doch bis heute an einer systematischen Beteiligung unabhängiger Patient*innen-Vertretungen an allen relevanten Entscheidungsprozessen. Gerade beim Thema Patient*innensicherheit wären sie ein wichtige Expert*innen in eigener Sache.

Tübingen, im September 2019